

# **Klug: Vergabe auch bestimmt von geringerer Einspeisevergütung**

Laubach (tb). Auf dem Hallenbad Laubach hat die Stadt von der »Sonnenland eG« eine Fotovoltaikanlage errichten lassen (die GAZ berichtete). Nicht nur das Vergabefahren hat die CDU-Fraktion veranlasst, mehrere Nachfragen an die Verwaltung zu richten. Wie Bürgermeister Peter Klug eingangs der Stadtverordnetensitzung am Mittwoch zunächst erklärte, sei der Zuschlag für den Bau einer Bürgersolaranlage an das Busecker Unternehmen durch einen Magistratsbeschluss erfolgt.

Zur Frage, ob auch bei anderen Anbietern nachgefragt wurde, holte der Rathauschef länger aus. Denn, so Klug wörtlich: »Ich denke, die Vorgeschichte ist ganz interessant. Bereits im Jahr 2009 wurde Interesse an der Dachfläche des Hallenbades durch die Sonnenland eG bekundet. Ein Beschluss aus dem Magistrat lautete dahingehend: ›Wir machen es selber und stellen Geld in den Haushalt 2010 ein.« Durch die späte Genehmigung desselben habe sich die Vergabe verzögert. »An der Stelle, wo es zur Beauftragung einer Firma kam, gelangte der Magistrat zur Meinung, dass eine Amortisierung zu lange dauert. Der Beschluss, es nun doch nicht selbst zu machen, wurde gefasst mit der Maßgabe, die Einspeisevergütung sinkt weiter und es muss nun schnell etwas passieren.«

Also sei diese Dachfläche an die »Sonnenland eG« verpachtet worden; wobei Vermietung und Verpachtung von Dachflächen nicht unter das Vergaberecht fielen. Der Beschluss sei auch im Hinblick auf die Reduzierung des Kohlendioxid-Ausstoßes, der Bürgerbeteiligung und »dass die Stadt Laubach hier eine Vorreiterrolle übernimmt« gefasst worden.

Auf die Frage nach den monetären Vorteilen der Stadt Laubach erklärte Klug: »170 Euro jährlich plus Genossenschaftsanteil von 3500 Euro, der am Ende des Vertrages an die Stadt zurückgezahlt wird. Ferner hebe ich vor, dass ›Sonnenland‹ bereits mit anderen Kommunen und dem Landkreis zusammenarbeitet.« Unter anderem mit Lich, Buseck und Schulen des Kreises.